

Warnung 25 Jahre nach Tschernobyl

Allschwil Susanne Leutenegger Oberholzer plädiert für den Ausstieg aus der Atomenergie

VON REGULA VOGT-KOHLER

Wohnblöcke, die zerfallen, ein Riesenrad, das am 1. Mai 1986 hätte eingeweiht werden sollen, kranke Kinder ohne ärztliche Versorgung: Was eine Gruppe von Schweizer Parlamentariern und Parlamentarierinnen beim Besuch in Tschernobyl zu sehen bekam, sei zum Weinen gewesen, sagte die Baselbieter SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer an einer Informationsveranstaltung der SP in Allschwil.

Die Reise in die Ukraine war lange vor Fukushima geplant, hat dann aber durch die Katastrophe in Japan zusätzliche Bedeutung und Dramatik

«Es wäre gar nicht möglich, in der Schweiz eine solche Katastrophe zu bewältigen.»

Susanne Leutenegger Oberholzer, SP-Nationalrätin BL

erhalten. In Tschernobyl selbst und in einem weiten Umkreis um das Atomkraftwerk werden die verheerenden Folgen deutlich, die ein Unfall dieses Ausmasses auslöst. Auch 25 Jahre nach der Explosion im Block 4 ist die Strahlenbelastung noch so hoch, dass nur ein kurzer Aufenthalt möglich ist.

In die 30-Kilometer-Sperrzone gelangt man nur mit einer Bewilligung. Fotografieren ist streng verboten. Die Baselbieter Nationalrätin hat den Katastrophenreaktor dennoch abgelichtet. Wie eine verlotterte Fabrik sehe er aus, erzählte sie. Zu den eigenen Bildern präsentierte sie Aufnahmen, die den Zustand des Sarkophags zeigen: Die Betonumhüllung ist undicht. Es entweicht Strahlung, und es gelangt Wasser ins Innere. Eine neue Ummantelung



Prypjat, drei Kilometer von Tschernobyl entfernt, ist auch heute noch eine Geisterstadt.

SERGEY PONOMAREV/KEYSTONE

ist geplant, aber die Finanzierung steht noch nicht.

25 Jahre nach dem Unfall sind die gesundheitlichen Spätfolgen nicht zu beziffern. Die Stadt Prypjat, wo die

Arbeiter von Tschernobyl wohnten, wurde erst 36 Stunden nach der Explosion evakuiert, und bei den Aufräumarbeiten waren 700 000 Menschen einer hohen Strahlenbelastung

ausgesetzt. Genaues Zahlenmaterial fehlt in der Ukraine, im Gegensatz dazu sei im angrenzenden Weissrussland der Anstieg von Erkrankungen gut dokumentiert, berichtete Susanne Leutenegger Oberholzer. Es gebe viele Kinder mit Schilddrüsenkrankungen, und es seien auch signifikant mehr Kinder mit Down-Syndrom zur Welt gekommen. Die Nationalrätin hofft jetzt, dass die gesundheitlichen Spätfolgen in Japan besser erfasst werden.

200 000 Menschen mussten das Gebiet um das Katastrophen-AKW verlassen, die nicht beschädigten Reaktoren von Tschernobyl liefen aber noch jahrelang weiter. Erst Ende 2000 stellte der letzte Reaktorblock den Betrieb ein. Die Ukraine setze nach wie vor auf Atomenergie, berichtete Leutenegger Oberholzer. Viele der umgesiedelten Arbeiter sind nach wie vor in der Atomindustrie tätig. Alternativen dazu gebe es nicht, sagte die Nationalrätin. Von Plänen, aus Tschernobyl einen Tourismusort zu machen, hält sie nichts: «Das ist nicht nur makaber, sondern auch gefährlich.»

Und die Konsequenz aus Tschernobyl für die Schweiz? «Ausstieg aus der Atomenergie», sagt Leutenegger Oberholzer. Es wäre gar nicht möglich, in der Schweiz eine solche Katastrophe zu bewältigen.

■ LÖSUNG: SO IST DER UMSTIEG MÖGLICH

Der Baselbieter SP-Nationalrat **Eric Nussbaumer**, der seit 1988 im Bereich der erneuerbaren Energien tätig ist, ist davon überzeugt, dass ein Ausstieg aus der Atomenergie machbar ist. Für den Umstieg setzt er einerseits auf einen Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbaren

Energien, andererseits auf eine starke Verbesserung der Energieeffizienz. Als ersten Schritt dazu brauche es **einen sauberen Ausstiegsbeschluss**, sagte Nussbaumer am Informationsanlass in Allschwil. Konkret: das Kernenergiegesetz müsste so geändert werden, dass keine

neuen Atomkraftwerke mehr bewilligt würden. Für alle bestehenden Atomkraftwerke sei **eine Laufzeitbegrenzung** nötig. Wenig Potenzial sieht Nussbaumer in einem Appell für eine Begrenzung des Stromverbrauchs und entsprechende Verhaltensänderungen. «Das ist nicht

falsch, führt aber nicht ans Ziel», sagte er mit Nachdruck. Nussbaumer geht davon aus, dass der Umstieg **viele neue Arbeitsplätze** schaffen würde, und äusserte sein Bedauern, dass das Gewerbe dies nicht verstehe. «Hier versteht das nur Peter Malama», sagte er. (mv)